

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Frau und ihre Welt, Der heitere Alltag, Praktische Ratschläge für Alle, Unterhaltungsbeilage. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die geschätzte Zeile im hohen (mittl.) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung, entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Bezeichnung. Annahmefristen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg.

Nr. 36

Dienstag, den 21. März 1933

26. Jahrgang.

Historischer Tag in Potsdam Deutschland im Flaggenschmuck — Staatsakt am Grabe Friedrichs des Großen

Der Tag von Potsdam

Berlin, 21. März.

Vor 62 Jahren wurde im Weißen Saale des Berliner Schlosses der erste nach der Reichsgründung gewählte Deutsche Reichstag feierlich eröffnet. Nicht ohne Absicht hatte man die Eröffnungsfeierlichkeit auf den 21. März gelegt. Der Tag des Frühlingsanfangs sollte gewissermaßen symbolisch sein für den Anbruch eines neuen Zeitabschnitts deutscher Geschichte. Die gleiche historische Bedeutung hat der feierliche Staatsakt in der altberühmten Potsdamer Garnisonkirche, mit dem die Regierung der nationalen Erneuerung den neuen Reichstag am heutigen Dienstag eröffnet. Auch diesmal soll am Frühlingsanfang die nationale Wiedergeburt des deutschen Volkes durch einen würdigen, politisch hochbedeutsamen Weibheits feierlich begangen werden. Auch die Wahl Potsdams für die feierliche Reichstagsöffnung war nicht willkürlich getroffen worden. Welche Größe war würdiger für diesen geschichtlichen Staatsakt als die an altpreussische Tradition so reiche Wirkungsstätte des Großen Preußenkönigs, der der eigentliche Bahnbrecher für Deutschlands Aufstieg gewesen ist und damit den Grundstein für das Bismarck'sche Reich gelegt hat. Durch die Verlegung der Reichstagsöffnung nach Potsdam wollte die nationale Regierung zum Ausdruck bringen, daß die sittliche Erneuerung des deutschen Volkes ausgehen hat von den alten preussischen Tugenden der Pflichttreue und der erhabenen Hingabe an den Staat. So ist auch der Staatsakt von Potsdam ein Akt in der Geschichte des Deutschen Reiches.

Es war der Wunsch der Regierung, den 21. März zu einem nationalen Weibheitstag zu gestalten, an dem nicht nur die Regierung und der neue Reichstag, sondern das ganze Volk lebhaften Anteil haben sollte. Aus diesem Grunde hat die Regierung der Veranstaltung einen feierlichen äußeren Rahmen gegeben. Die Feier wurde nicht begrenzt auf den Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche, der geschichtlich gemeinhin Ruhestätte Friedrichs des Großen, sondern überall im Reich finden aus Anlaß des Zusammentritts des Reichstags nationale Feiern statt, an denen alle Kreise des Volkes tätigen Anteil nehmen. Ganz Deutschland prangt im Flaggenschmuck der wiedererstandenen alten Reichsfarben und der Hakenkreuzflaggen. Zur Feier des Tages fällt der Schulunterricht aus, in einigen Ländern, wie z. B. in Preußen, ist der Tag der Reichstagsöffnung zum offiziellen Staatsfeiertag erklärt worden. Millionen von Deutschen haben Gelegenheit die Feierlichkeiten am Rundfunk mitzuerleben. Unzählige Fackelzüge in Stadt und Land und lebende Freiheitsfeuer auf den Höhen kündigen am Abend des 21. März von dem großen politischen Geschehen, das sich in diesen Tagen in ganz Deutschland vollzogen hat.

Gleichzeitig mit dem Zusammentritt des neu gewählten Reichstags ist die politische Gleichschaltung in weitestem Umfang vollzogen. Die staatliche Macht ist auf der ganzen Linie von der Rechten erobert worden. Im Reichstag wie im Landtag besitzen die Regierungsparteien die sichere Mehrheit, und im Reichsrat und im Staatsrat nach Ausschaltung der staatsfeindlichen Kommunisten eine fast hundertprozentige Regierungsmehrheit zu erwarten. Auch in den preussischen Provinzialparlamenten, in den Kreistagen und den meisten Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen ist die Vorherrschaft der beiden Regierungsparteien unbestritten. Ebenso ist in den einzelnen Ländern durch die Einlegung der Staatskommissare die Gleichschaltung der Reichspolitik und der Landesmaßnahmen sichergestellt.

Nur zur Verabschiedung des von der Regierung gewünschten verfassungsändernden Ermächtigungsgesetzes ist die Regierung auf die Mitwirkung des Zentrums angewiesen. Das Ermächtigungsgesetz soll in allgemeiner Form der Reichsregierung die Vollmacht geben, während der nächsten vier Jahre die auf dem Gebiet der Verwaltung, der Wirtschaft und der Politik erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Mitwirkung des Zentrums am Zustandekommen eines solchen Gesetzes ist notwendig, weil es nur nach Verabschiedung einer Zweidrittelmehrheit Kraft treten könnte. Reichstagspräsident Hindler hat am Montagvormittag die Zentrumsabgeordneten Raas, Brüning und Eberwald zu einer Aussprache über die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen empfangen. Im Zentrum bestand der Wunsch, genau darüber unterrichtet zu werden, welchen Gebrauch die Regierung von den Vollmachten zu machen beabsichtigt. Im Anschluß an die Aussprache mit den Zentrumsabgeordneten begann ein Ministerrat, der die endgültige Formulierung des Ermächtigungsgesetzes vorzunehmen soll. Die Regierungserklärung, in der über die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes wohl Einzelheiten mitgeteilt werden sollen, wird im Reichstag abgegeben werden. Die Reichstagsverhandlungen werden wahrscheinlich bis Anfang nächster Woche dauern.

Für die Arbeitsleistungen des Reichstags ist bekanntlich die am Königsplatz gegenüber dem Reichstagsgebäude gelegene Kroll-Oper gewählt worden, die zu diesem Zweck einige bauliche Veränderungen erfahren hat. Die Hauptschwierigkeit bestand in einer Umänderung des gesamten Bestuhls im Parkett. Der eiserne Vorhang

Aufruf

an die gesamte Spangenberg Bevölkerung.

Am 21. März tritt der neu gewählte Reichstag zusammen. Am Abend dieses historischen 21. März werden sich durch alle Städte und Dörfer des ganzen Reiches Fackelzüge der nationalen Parteien und Verbände, sowie der Schulen bewegen. Die Vertreter der nationalen Parteien und Vereine, sowie der Schulen rufen hiermit die gesamte nationale Bevölkerung Spangenburgs zur Teilnahme an dem Fackelzug auf, der heute am 21. März, abends 8 Uhr vom Bürgertor abmarschiert. Eintreten 7.45. Während des Fackelzuges und der anschließenden Bekenntnisfeier auf dem Marktplatz werden die Freiheitsfeuer auf den umliegenden Höhen aufflammen.

Der Ausschuss der nationalen Parteien Verbände und Schulen.

bleibt geschlossen. Das Präsidium des Reichstags und die Reichsregierung finden ihre Plätze auf dem überbauten Orchester. Im Hintergrunde ist auf einem Samtbord der Reichsadler in schwarzer Farbe auf weißem Untergrund angebracht worden. Der Entwurf zu dem neuen Reichsadler, der eine straffere Haltung als der bisherige zeigt, stammt von Professor Böhm-Berlin. Er bedeutet aber noch nicht die endgültige Formung des Reichswappens. Zu beiden Seiten des Adlers werden die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne aufgestellt finden. Im Saal finden 570 Plätze für die Abgeordneten geschaffen worden. Die Presse findet im ersten und zweiten Rang auf der rechten Seite insgesamt 280 Plätze vor. Die Mitte des ersten Ranges nimmt die Diplomatenloge ein. Links schließen sich die Plätze für Reichsrat und Staatsratsmitglieder an. Die Publikumstribünen liegen im zweiten Rang. Eintrittsfreiheit für die erste Reichstagsfeier am Dienstagmittag wird naturgemäß schon seit Tagen vergriffen. Diese Tatsache allein beweist schon, wie großes Interesse man in der Öffentlichkeit dem neuen Reichsparlament entgegenbringt. Der Reichstag wird dieses Vertrauen zu würdigen wissen und am Geiste des Großen Preußenkönigs von Potsdam an seine verantwortungsvolle Arbeit herangehen zum Segen von Reich und Volk!

Reichstags-Auftakt

Potsdam, 21. März.

Noch nie hat das deutsche Volk so innig an der Eröffnung des Reichstags Anteil genommen, wie diesmal aus Anlaß des Staatsakts in der Potsdamer Garnisonkirche. Die Straßen der alten Residenzstadt sind mit Tannengrün und Girlanden festlich geschmückt. Vom Bahnhof bis in die Stadt hinein sind umfängliche Masten aufgestellt, von denen abwechselnd die schwarz-weiß-rote Flagge und das Hakenkreuzbanner im frischen Märzwind wehen; Schütze, die von dort aus über die Straßen gepannt sind, zeigen diesen Flaggenschmuck auch mitten über dem Weg. Alle Fenster in den Straßen, die den Schauplatz des historischen Ereignisses abgeben, sind gepunkt. Auf hohen Plätzen der Stadt sind Buntfeuerherde anebracht worden, die die Feier

in der Garnisonkirche übertragen. Der Zustrom der Fremden ist außerordentlich stark.

Am Vorabend der großen Feier fand an der Gliederbrücke ein Zusammentreffen der nationalen Jugendorganisationen Berlins und Potsdams statt mit einem anschließenden Marsch durch Potsdam. Der Tag des Staatsakts von Potsdam selbst begann mit einem Platzkonzert im Lustgarten, ausgeführt von zwei Musikkorps des Infanterieregiments 9.

Reichsminister Dr. Goebbels erludte die Geschäftsinhaber, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags die Geschäfte geschlossen zu halten, um dem Personal eine Beteiligung an den Feierlichkeiten der Reichs- und Staatsbedürfnisse zu ermöglichen. Die Fabrikbetriebe wurden ersucht, in dieser Zeit Arbeitspausen einzulegen, die Belegschaften zu Feiern zu veranlassen und Lautsprecher zur Übertragung der staatlichen Feiern aufzustellen.

In Sachen ist auf Anordnung des Reichsformatters der Tag von Potsdam als allgemeiner Feiertag begangen worden.

In der Reichshauptstadt findet am heutigen Dienstag vor dem Berliner Schloss ein Feldgottesdienst der Schutzpolizei mit anschließender Parade statt.

Weiter veranstaltet die Reichswehr im Hofe des Berliner Schlosses einen Feldgottesdienst, dem im Lustgarten eine Parade folgt. Den Höhepunkt und Abschluß der Berliner Veranstaltung bildet um 19.30 Uhr ein Fackelzug der nationalen Verbände, an dem etwa 80 000 Mitglieder teilnehmen werden.

Rundgebung Hindenburgs

Berlin, 21. März.

Reichspräsident von Hindenburg erläßt aus Anlaß der Reichstagsöffnung folgende Rundgebung:

„Am Tage der feierlichen Eröffnung des Deutschen Reichstags, der wie keiner seiner Vorgänger seit dem Ende des großen Krieges sich zum nationalen und wehrhaften Staat bekann, denke ich in Ehrfurcht und Dankbarkeit der für Deutschland Gefallenen. In steter Treue grüße ich die Hinterbliebenen unserer teuren Toten und in herzlichster Kameradschaft all meine Kameraden aus dem großen Kriege. Die Opfer an Leben und Gesundheit, die dieser Krieg von Deutschland forderte, sind nicht umsonst gebracht worden. Aus dem Niederbruch ringt sich Deutschland wieder zu nationaler Kraft empor im Geiste derer, die für Volk und Vaterland kämpften und fielen.“

Ein starkes Deutsches Reich soll ihr stolzes und bleibendes Ehrenmal sein!

gez. von Hindenburg,
Generalfeldmarschall, Reichspräsident.“

Friedensplan Mussolinis Europäischer Vier-Mächte-Block?

Rom, 21. März.

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der britische Außenminister Sir John Simon haben nach Abschluß ihrer Besprechungen mit Mussolini Rom wieder verlassen. Die englischen Staatsmänner werden ihre Heimreise am heutigen Dienstag in Paris unterbrechen und am Mittwoch in London bereits dem Kabinett Bericht erstatten.

Die politische Bedeutung der englisch-italienischen Fühlungnahme liegt darin, daß in Rom nicht mehr von dem Vermittlungsversuch die Rede gewesen ist, den Macdonald dieser Tage der Abrüstungskonferenz übermittelt hat, vielmehr Mussolini mit einem eigenen Entwurf hervorgetreten ist. „Nach einem ausgiebigen und erschöpfenden Gedankenaustausch über die allgemeine Lage“, so heißt es in dem amtlichen Bericht darüber, „ist in diesen Besprechungen ein vom Chef der italienischen Regierung vorbereiteter Verständigungsprojekt über die hauptsächlichsten politischen Fragen geprüft worden, das die Zusammenarbeit der vier Weltmächte in Gang bringen soll, um im Geiste des Kellogg-Paktes und der Erklärung, nicht zur Gewalt zu greifen, eine lange Periode des Friedens für Europa und die Welt sichern soll.“

Vor seiner Abreise aus Rom empfing Macdonald in den Räumen der englischen Botschaft die Vertreter der Presse. Den größten Wert legte Macdonald bei dieser Unterredung auf die wiederholte und eindringliche Feststellung, daß keinerlei Grund zur Nervosität über die Aussprache in Rom gegeben sei und daß die großen Staaten in seiner Weise beabsichtigten, den an den römischen Meinungsaustausch interessierten Staaten irgendeine Lösung zu diktieren oder aufzuzwingen.

Auf die Frage eines französischen Journalisten, welche Modalität der italienische Plan für die Revision der Friedensverträge vorziehe, erwiderte Macdonald, die Lage sei derzeit im Fluss und so besitz, daß abgemacht werden müsse, bis durch weitere Botsprechungen sich abheben lasse, wie man zu Werte gehen könne. Das vom italienischen Regierungschef vorgelegte Dokument sei sehr kurz und enthalte einige allgemeine, schon seit langem zur Prüfung stehende Gedanken, ohne Einzelheiten anzugeben, wie an diese Probleme herangegangen werden soll.

Er Macdonald hatte es deshalb für richtiger, von dieser Frage nichts zu sagen, wie er auch auf die gleiche Frage der englischen Journalisten nicht näher eingegangen sei. Die englischen Botsprechungen hätten nicht den Abbruch eines Bündnisses oder Paktes gegolten, sondern nur der Klärung über die allgemeinen Ideen, um zu sehen, bis zu welchem Punkte ähnliche Auffassungen vorhanden seien. Man sei in Rom zum gemeinsamen in der Erkenntnis der Notwendigkeit der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit. Macdonald erklärte dann: „Wir möchten natürlich eine Union für europäische Verständnisse, eine Union für europäische Zusammenarbeit schaffen.“ Eine Nation allein könne aber kein Friedensprogramm für die Zusammenarbeit aller Staaten aufstellen.

Fühlungnahme mit Paris

Ueber die Botsprechungen mit der französischen Regierung am heutigen Dienstag äußerte Macdonald noch, in Paris werde alles vorgebracht werden, was erörtert worden sei. Er könne die Versicherung geben, daß keine Nation Sorge oder Nervosität zu haben brauche wegen der Botsprechungen, die hier und in Genf stattgefunden haben. „Wir sind in Rom und in Genf als Europäer aufgetreten.“ Dabei dürfte, wie Macdonald hinzufügte, die große Rolle nicht vergessen werden, die den Vereinigten Staaten von Amerika bei allen Diskussionen zur Herstellung des Friedens in der Welt, bei der Zusammenarbeit unter den Völkern und bei der Erreichung des vorgedachten Zieles zukomme. Im übrigen seien die französischen und ebenso die deutsche Regierung von den hiesigen Botsprechungen unterrichtet worden.

Auf die Frage eines deutschen Journalisten, was mit dem Vorfuss über eine lange Friedensperiode gemeint sei, antwortete Macdonald, man wolle nicht einen „geflickten Frieden“ mit einer Wunde finden, unter deren Einfluß nach 3 bis 4 Jahren eine noch gefährlichere Lage entstehen dürfte als die heutige. Dazu sei vor allem Vertrauen notwendig, Vertrauen besonders auch in Bezug auf die Durchführung der Abklärung, die ohne das Vertrauen aller Staaten zunächst nicht möglich sei.

Beseitigung der Anruhestellen

Berlin, 21. März.

Wenngleich für die Stellungnahme Deutschlands zu dem Friedensplan Mussolinis noch der Eingang des genauen Wortlauts der Vorschläge abgewartet werden muß, so kann doch schon jetzt gesagt werden, daß der Vorschlag Mussolinis in einem gewissen Gegensatz zu den mehr theoretischen Anregungen Macdonalds verläuft, den Wurzeln des Übels der Anruhe in Europa nachzugehen und die Anruhequellen in Europa zu beseitigen.

Die Anregung Mussolinis entspricht durchaus seinem bereits in der Turiner Rede im Oktober vorigen Jahres dargelegten Standpunkt, in der er nachdrücklich den faszinationistischen Italienern untertrifft und sich für einen Frieden, der Glaube und Vertrauen in die Herzen der Völker senkt, ausgesprochen hat. Ebenso nachdrücklich hat Mussolini in dieser Rede auch die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung als vollkommen gerechtfertigt bezeichnet. Und wenn jetzt in einigen Zeitungen Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß die Frage der Gleichberechtigung schon in der Hintergrund getreten sei, so kann man demgegenüber darauf hinweisen, daß Mussolini Garant genug dafür ist, daß diese Frage nach wie vor eine wesentliche Rolle spielen wird.

Das vorläufige Urteil über die Mitteilungen des Mussolinis kann dahin zusammengefaßt werden, daß es sich um einen anerkenntniswerten Schritt des italienischen Ministerpräsidenten handelt, der zweifellos in der Lage sein wird, Beruhigung zu bringen. Es wird jetzt die Aufgabe der Regierung sein, die Vorschläge im einzelnen ruhig und gründlich zu prüfen.

Französische Bedenken

An Paris bezeichnet man den Vorschlag Mussolinis als „sehr interessant“ und hält deshalb eine „glatte Ablehnung“ für unmöglich. Im übrigen ist die Einstellung der französischen Zeitungen allerdings abnehmend. So erklären die rechtsstehenden Pariser Zeitungen z. B. Mussolini wolle ein Direktorium zur Durchführung der Vernichtung der Friedensverträge einlegen. „Matin“ erklärt, Macdonalds Plan bedrohe vor allem auf einem „beschränkten Gebiet“ einsehende Veränderungen am Vertrag vorzunehmen. „Journal“ schreibt, der Vorschlag Mussolinis führe geradezu zur Zerstörung und dann zur Revision der Verträge. Der Außenminister des „Petit Parisien“ ist der Ansicht, es sei eine günstige Atmosphäre geschaffen, die eine Verständigung ermöglichen könne. „Ordre“ äußert, die interne Verständigung innerhalb des geplanten Direktoriums der vier Weltmächte würde „nur um den Preis der Aufopferung der wesentlichen Interessen Frankreichs erzielt werden können“.

Von einer glücklichen Seite hört man, daß die Begegnung mit Mussolini bei Macdonald größte Zufriedenheit hervorgerufen hat. Man fügt hinzu, daß Macdonald schwerlich mit der Befähigung des italienischen Schrittes einverstanden gewesen wäre, wenn er nicht gewisse Möglichkeiten für seine Diskussion in Paris gesehen würde.

Ranzler-Attentat vereitelt

Ischelfisten wollten in München Handgranaten gegen den Kraftwagen Hillers schleudern.

München, 21. März.

Durch die Wachsamkeit der bayerischen Behörden ist während der Anwesenheit des Reichskanzlers Hitler in München ein verbrecherischer Anschlag auf den Reichskanzler vereitelt worden. Eine erste Mitteilung darüber machte der kommunistische Münchener Polizeipräsident Himmeler in einer Pressekonferenz. Nach den Ausführungen Himmellers war man durch Meldungen aus der Schweiz seit mehreren Tagen darüber unterrichtet, daß von kommunistischer Seite Attentate gegen den Reichskanzler und führende Persönlichkeiten des heutigen Staates geplant sind. Das Material hierüber sei ziemlich umfangreich.

Am Montagvormittag wäre es nun beinahe, wie der Polizeipräsident mitteilte, zu einem solchen Anschlag gekommen. Es wurden drei Ischelfisten, von denen einer deutsch und zwei russisch oder tschechisch sprachen, in der Nähe des Reichskanzlers in München, festgestellt. Sie kamen mit einem Kraftwagen an, der das Berliner Kennzeichen IA trug und legten drei Handgranaten und Munition in der Nähe des Denkmals nieder. Nach Angaben der Zeugen, die diese Vorgänge beobachteten, steht fest, daß geplant war, beim Anfahren des Kraftwagens des Reichskanzlers durch die Prinzregenten-Straße ein Attentat mit Handgranaten auf ihn auszuführen. Durch das Hinzukommen von Polizeikräften, die von dem Zeugen alarmiert wurden, wurden die drei Männer verhaftet und konnten bisher noch nicht gefaßt werden. Die Handgranaten mit Sprengkapseln wurden sichergestellt.

Der Polizeipräsident fügte hinzu, er sehe in jedem Versuch eines Attentats die schwerste Gefahr für die Ruhe und Sicherheit. Sobald der erste Schuß auch nur fiele, selbst wenn er kein Ziel nicht erreichte, würde es in Deutschland zu einem Chaos ohne gleichen und zum größten Programm kommen, was keine Staatsmacht der Welt verhindern könnte. Er gab dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß es nicht zu weiteren derartigen Versuchen kommen möge.

Zentrumsführer bei Hitler

Berlin, 21. März.

Reichskanzler Hitler empfing nach seiner Rückkehr aus München die Führer der Zentrumsparität, darunter Reichsminister A. D. Siegelwald, Reichskanzler A. D. Brüning und Prälat Kaas, zu einer Botsprechung. Anschließend begab sich der Kanzler zu einer Ministerberatsprechung, an die sich eine Kabinettsitzung anschloß.

Beginn der Börsenreform

Berlin, 18. März.

Auf Anordnung des Reichskommissars für das preussische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Hugenberg, hat bis zum 29. April eine Neuwahl des Berliner Börsenvorstandes stattzufinden. Die Gesamtzahl der Vorstandsmit-

glieder wird von 12 auf 15 heraufgehoben. Die sechs hiesigen Vertreter in der Produktionskommission werden in Zukunft nicht mehr von den Börsenbesuchern werden, sondern die landwirtschaftlichen Vertreter in der Produktionskommission selbst ausgewählt. Vollberechtigte Mitglieder des Börsenvorstandes.

Um den Einfluß der Regierung auf die Zusammenlegung des Börsenvorstandes sicherzustellen, bedürfen die Wahlen zum Börsenvorstand der Bestätigung der Bundesversammlung, die ohne Angabe von Gründen der Bundesversammlung werden kann. In Zukunft sollen auch die Später, die an der Entwicklung des Marktes der Börsenbesuchern Interesse haben, in der Börsenbesuchern vertreten sein. Anträgen des Staatskommissars auf die Zusammenlegung des Börsenvorstandes muß sofort auf die Wahlen von der Bestätigung an der Börse ferngehalten werden. Ausländer bedürfen zum Börsenbesuch der Genehmigung des Ministers.

Beurlaubung von Prof. Wagemann

Berlin, 18. März.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat den Stellvertreter des Dr. Wagemann betreffen.

Luftsperrung am 21. März

Berlin, 18. März.

Auf Anordnung des Reichskommissars für Luftsperrung ist über den Städten Berlin und Potsdam am 21. März eine Luftsperrung verhängt worden. Am Tage der Luftsperrung wird die Luftüberwachung übernommen.

Aufhebung der Einstellungsprämie

Der Kabinettsausschuß zur Frage der Arbeitsbeschaffung befähigt sich unter Vorsitz des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung mit der Aufhebung der Einstellungsprämie, die nach dem Beschluß des Reichskabinetts zum 1. April erfolgte. Nach dem Beschluß der Wirtschaft und Särten auszufolgen, schloß der Ausschuß, daß diejenigen Arbeitgeber, die im ersten Quartal des J. S. Einstellungsprämien beantragt und genehmigt erhalten haben, sie auch noch für das zweite Quartal, also bis zum 30. Juni erhalten sollen, falls sie ihren Antrag auch auf dieses Quartal erstreckt.

Ärzte-Kündigungen in Krankenhäusern

Berlin, 18. März.

Der Staatskommissar für Berlin plant eine grundlegende Umgestaltung der Ärztekollegien der hiesigen Krankenhäuser. Nach Angabe der kommunistischen Parteimitglieder sind an den meisten städtischen Krankenhäusern bis 90 Prozent, teilweise sogar 100 Prozent jüdische Kommunisten und Sozialdemokraten als Ärzte tätig. Die Verträge aller dieser Ärzte werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden.

Schaffung eines Arbeitsheeres

Selbst über die Aufgaben seines Ministeriums.

Nürnberg, 20. März.

Auf der Tagung der bayerischen Reichsheimführer in Nürnberg hielt der erste Bundesführer Reichsheimführer Selbste eine programmatische Rede. Als Aufgabe leitenden eigenen Ministeriums bezeichnete der Minister die Reinigung in den einzelnen Kreisen, in denen keine Bonozentren mehr gebildet werden. Den Aufbau und die Arbeit.

Es werde ein Arbeitsheer gebildet werden, ohne daß die Industrie dadurch eine Einengung erfahre. Mit dem Streben nach Parität in der Rüstung gehe man in Hand das Streben nach Parität in der Arbeit. Wenn eine Aufrüstung nicht möglich werde, müsse zur Aufrüstung der inneren Marktes eine Umlagerung erfolgen durch Anhebung der Millionen Arbeitslosen in Heimstätten und Stadtrandbesiedlungen.

Der Minister sprach in diesem Zusammenhang von einem von ihm erwogenen Plan, durch eine Drei-Milliarden-Anleihe die Mittel hierfür zu beschaffen.

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(63. Fortsetzung.)

„Wahrhaftig nicht, Thomas! Erleben... ernstes, bitteres Erleben... aber auch viel Fröhliches haben wir hinter uns. Angelica schläft auf dem Friedhof von Montevideo. Sie wird mir nicht grollen, daß ich trotz durchs Leben ging, denn ich habe sie dabei nie vergessen.“

Sie verfolgen das lebhafteste Treiben auf dem Nil. Viele Dampfer und eine Unzahl Boote gleiten vorüber. Die Gedanken aber fliegen der Heimat zu.

Karl denkt an seine Eltern. Eine weiche Stimmung überkommt ihn, er malt sich die Wiedersehensfreude aus, und Tränen treten in seine Augen. Auch an den stets lustigen Großvater und die immer so besorgte Großmutter denkt Karl und überlegt, was wohl jetzt seine Schwester in Godesberg treibt.

Eine heiße Sehnsucht erfüllt ihn nach deutscher Erde, er möchte wieder den würzigen Duft der Tannen atmen, ein deutsches Dorf sehen und er hat auch Sehnsucht nach seinem lieben Berlin! „Komm, Tom!“ sagt er plötzlich. „Wir wollen ein Telegramm heim schicken!“

Karl von Große bedrücken schwere Sorgen. Nicht um der Firma willen, sondern um seinen Vater. Geheimrat Große, der Luftschiffat in der zusammengebrochenen Großstadt ist, hat für dreihunderttausend Mark gutzufliegen. Er hat aber fast sein ganzes Vermögen schon verloren. Der Rest beträgt nicht einmal mehr achtzigtausend Mark.

Da ist der alte Herr zu seinem Sohn gekommen und hat ihm seine Not gesagt.

Karl möchte lo gerne helfen, aber er weiß nicht wie. Zweihundertfünfzigtausend Mark! Wo nimmt man die her?

Er spricht mit seinem Schwiegervater. Der befinnt sich keinen Augenblick. „Wir müssen bet Geld für den Herrn Geheimrat herbeschaffen! Der steht nicht anders.“

Er hat uns damals jehoffen, als et uns so drectig ging. Wir müssen eine Hypothek aufnehmen!“

„Wir bangt nur vor den Zinsen!“

„Wat machst du aus, Karl?“

„Mindestens dreißigtausend Mark im Jahr! Und dann... ob wir das Geld bekommen! Geld ist heute so rar!“

„Verludt muß et werden!“

Und es gelingt, das Geld in sechs Posten aufzutreiben. Die Summen werden als Hypothek auf das Unternehmen, dessen Wert auf zwei Millionen Mark geschätzt ist, eingetragen.

Der Geheimrat will das Geld nicht annehmen. Aber Karl und Bolle überreden ihn schließlich dazu.

Große weiß, daß jetzt eine harte Zeit beginnen wird. Der Umfah ist durch die Notzeit weiter zurückgegangen. Die Kredite sind kurzfristig gegeben. Fünf davon haben sich monatliche Kündigung ausbedungen.

Und heute, zum 1. Juli, sind schon hundertachtzigtausend Mark gekündigt worden.

Das Geschäft geht dazu miserabel.

Karl von Große stützt den schmerzenden Kopf in beide Hände.

Da kommt Vater Schrippe mit wichtiger Miene eilig herein.

„Was bringen Sie denn, Vater Schrippe?“

„Ein Telegramm, Herr Trost! Der Bote sagte, der kommt von weit her!“

„Und da denken Sie wohl, daß es von Karl sein könnte?“

„Jawoll, der denke id! Der Kleine muß doch auch mal wiederkommen!“

Karl öffnet hastig das Telegramm. Eine heiße Freude erfüllt ihn. Er klopft Schrippe lachend auf die Schulter.

„Jawoll, Vater Schrippe... mein Karl kommt! Sibt mit dem Thomas jetzt in Rairo!“

„Rairo, det is wohl bei die Schwarzen?“

„Das ist in Ägypten, Vater Schrippe!“

„Trotter Gott, det muß id gleich meine Olle sagen!“ Und ab ist er.

Große hat in diesem Augenblick alle seine Sorgen vergessen. Karl kommt, sein Brachjunge kehrt wieder heim! Ihn hält's nicht mehr im Büro, er sucht seine Frau auf, die er mit Luise zusammen im Wohnzimmer findet.

Als er eintritt, sagt Frau Grete gleich:

„Du... Mann, du machst lo ein frohes Gesicht!“

„Endlich eine gute Nachricht, Gretel... unser Junge kommt heim! In ein paar Tagen ist er da!“

Da kann Grete die Freudentränen nicht zurückhalten. Luise tanzt durchs Zimmer.

„Korke, Papa! Gib mir mal den Biich. Ich muß den stecken, woher er telegraphiert. Aus Rairo... oach, bei der Bengel gut; ich sitze hier und halte Muttern die Hand beim Wädeln, und der Junge kann sich die ganze schöne Welt ansehen!“

Karl gibt seiner Tochter einen Kuß.

„Sohon gut, Luise, wenn du mal deine Hochzeitsreise machst, dann darfst du auch übers Meer fahren!“

„Ach, dann werde ich mich aber mit dem Heiraten begnügen! Ich bin ja bald siebzehn Jahre alt!“

„Jawohl, in elf Monaten, mein Kind! Also, das wird ein Fest werden, wenn unser Karl wieder da ist!“

Schrippe stößt auf August Bolle.

„Wat rennt denn lo, Schrippe?“

„Ach, August... id muß doch meine Frau sagen... der Karl wiederkommt! Er hat telegraphiert!“

„Wat!“ schreit Bolle, und sein Gesicht wird ein lächelndes Vollmond. „Wat, unser Junge kommt retour? Und du wolltest nicht zuerst mich fragen?“

Schrippe, wo wir man doch lo jute Kameraden find!“

„Nicht böse, August! Ich bin ja soo uffregert!“

„Denn ich nur... id loose in 'Betrie!'“

Die Gesellen hatten gerade Frühstückspause, als Bolle den Schlachtfeld eilt.

„Wat biste denn lo uffregert, Schwieganata!“ ruft er Gerlow zu.

„Willy... wat ich für eene Nachricht habe! Alles gehorchen: Unser Junge... unser Karl kommt wieder!“

Rairo hat er telegraphiert!“

Die Nachricht plagt wie eine Bombe. Die Gesellen springen auf, umringen Bolle und bestürmen ihn mit Fragen.

„Kinda, ich weiß nicht, wann er kommt! In ein paar Tagen is er da!“

Der „Bajme“ sagt zu seinen Fußballkollegen: „Rairo, wenn Karl jetzt wieder in die Mannschafft eintritt, ich darf da lang's zum deutschen Meister!“

„Hurra... hurra!“ brüllt alles und sieht sich schon ersehnten Ziele.

„Ja“, sagt Zimmermann, „darf denn Karl überleben spielen?“

(Fortsetzung folgt)

Sicherung des Haushalts

Notverordnung über Finanzen, Wirtschaft und Rechtspflege.

Berlin, 20. März.

Eine neue Notverordnung wurde vom Reichspräsidenten erlassen, die wichtige Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, Wirtschaft und Rechtspflege enthält.

Im Kapitel I wird das Befolgungsgebot behandelt. Die Bestimmung des Befolgungsgebotes, daß von je drei freiverwendenden Pfandstellen der Befolgungsordnung 2 eine Pfandstelle wegzufallen hat, wird bis zum 31. März 1936 in ihrer Gültigkeit verlängert, da unter den obwaltenden Verhältnissen auf die Beibehaltung der an sich mit dem 31. März dieses Jahres ablaufenden Bestimmung nicht verzichtet werden kann. Ferner werden die Gehaltsrückverzichtungen bis zum 31. Januar 1934 befristet, was zur Geltung einer einheitlichen Veranschlagung, der Befolgungsmittel für das Rechnungsjahr 1933 bis zum 31. März 1934 verlängert.

Auf dem Gebiet der Zollverwaltung enthält die Notverordnung in den Kapiteln III und IV einige weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des immer noch äußerst starken Schmuggels.

In den Kapiteln V und VI werden Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuerverwaltung getroffen. Da die Lage der Reichsfinanzen einen Verzicht auf die belohnenden Einkommensbefreiungen nicht gestattet, bleiben die Zuschläge sowie die Abgaben zur Arbeitslosenhilfe, die auch bis zum Ende des Rechnungsjahres 1933 weiter gelten soll und der Zuschlag der Arbeitslosenmitglieder bestehen. Die bisherige Regelung der Erhebung der Vermögenssteuer wird auch auf das Rechnungsjahr 1933 ausgedehnt.

Realsteuerverperrung gelockert

Auch für das Rechnungsjahr 1933 wird die Realsteuerverperrung aufrechterhalten, da eine allgemeine Erhöhung der Realsteuern für die Wirtschaft unerträglich sein würde. In gewissen Umfang soll aber die Realsteuerverperrung gelockert werden. Insbesondere soll dies der Fall sein, wenn die bestehenden Steuern außergewöhnlich niedrig sind.

Auf dem Gebiet der Einkommensteuer wird in Ländern, in denen eine Warenhaussteuer besteht, die Landesregierung ermächtigt, die Steuerlast der Warenhaussteuer bis höchstens auf das Doppelte der bisherigen Steuerlast zu erhöhen und den Kreis der Warenhaussteuer unterliegenden Betriebe zu erweitern.

Bereinigungen im Steuerverfahren sind in gewissen Punkten erlassen worden. In den Steueransprüchen, die bei den Finanzämtern bestehen, und denen auch Vertreter von Gemeinden mit mindestens dreihundert Einwohnern angehören, sollen künftig nur Vertreter solcher Gemeinden vertreten sein, deren Einwohnerzahl mindestens zweitausend beträgt.

Die kleineren Gemeinden können entweder durch eine Nachbargemeinde mitvertreteten werden oder sie sollen zu Verbänden bis zu zweitausend Einwohnern zusammengefaßt werden.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe wird bestimmt, daß die Wohlfahrtsstellenverordnung auf das Rechnungsjahr 1933 ausgedehnt wird.

Silbergeld wird umgeprägt

Die Verordnung enthält wichtige Bestimmungen über Änderungen des Münzgesetzes. Die Reichsmark-Stücke sollen künftig aus Nickel geprägt werden. Ferner sind die Fünft Reichsmarkstücke in einer kleineren Form neu auszugießen unter Erhöhung der jetzigen Legierung von 500/000 auf 900/000 Zehnteil, so daß die neuen Fünft Reichsmarkstücke den gleichen Silberhalt haben werden wie bisher. Die Zweireichsmarkstücke werden ebenfalls in einer anderen Form mit einer höheren Legierung neu geprägt. Die Dreireichsmarkstücke werden eingezogen und außer Kurs gesetzt.

Das Gesetz über die Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsgericht, das bis zum ersten April dieses Jahres befristet war, wird verlängert. Die Rechtsanwaltsordnung wird dahin ergänzt, daß es nunmehr in den Fällen, in denen bei einem Beamten die Suspension vom Amt erfolgen würde, vom Ehrengericht ein Vertretungsverbot verhängt werden kann.

Stützung gewerblicher Kreditinstitute

Die Verordnung verlängert weiter die Geltungsdauer des Pächterkreditgesetzes um zehn Jahre. Unter Zurückstellung ihrer grundsätzlichen Bedenken gegen jede Subventionspolitik hat sich die Reichsregierung entschlossen, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, letztendlich weitere dreißig Millionen Reichsmark zur Stützung gewerblicher Kreditinstitute bereitzustellen. In diese Hilfsaktion sollen auch im gewissen Umfang die sogenannten Mittelstandsständchen einbezogen werden.

Preussische Finanzmaßnahmen

Erleichterungen für die Schlachtleuer. — Steuerliche Unterstützung für Zweigstellen der Warenhäuser und Einzelhandelspreisgefälle.

Berlin, 20. März.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Die Kommission des Reiches in Preußen haben in einer Sitzung des Staatsministeriums die Grundzüge des Staatshaushaltsplanes für 1933 entsprechend den Vorschlägen des für den Bereich des preussischen Finanzministeriums bestellten Kommissars Reichsminister a. D. Professor Dr. Popitz, beschlossen. Im Zusammenhang hiermit haben die Kommission eine Reihe von Gesetzesänderungen beschlossen, die in einer bereits veröffentlichten „Verordnung zur Durchführung dringender Finanzmaßnahmen“ zusammengefaßt sind.

Die Verordnung enthält neben der Ausdehnung der preussischen Abgabengebiete und des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz auf das Rechnungsjahr 1933 eine Reihe bedeutsamer Veränderungen.

Nachdem der Kommissar für den Bereich des preussischen Finanzministeriums erst vor einigen Tagen in dem Runderlaß vom 17. März für die verlängerte Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer vom Beginn des Rechnungsjahres 1933 ab weitestgehende Steuererleichterungen für den Hausbesitz angeordnet hat, werden jetzt auch für die Schlachtleuer Erleichterungen geschaffen. Der Tarif für die Schlachtungen älterer Ochsen wird um rund 30 Prozent gemindert.

Um die Landwirte vor Überforderungen zu schützen, wird die offene Rückzahlung der Steuer durch besondere Inrechnungstellung oder durch Abzug vom Kaufpreis unter Androhung hoher Geldstrafen verboten. Die Unzulässigkeiten, die sich aus der ungleichmäßigen Erhebung der Schlachtleuer bei Schlachtungen außerhalb der öffentlichen Schlachtleuer ergeben haben, werden beseitigt, indem die Steuer künftig bei allen Schlachtungen vor der Tötung des Schlachtviehs zu entrichten ist, wie es schon bisher für die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthöfen vorgeschrieben war.

Bei der Gewerbesteuer ist zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes gegen die übermäßige Konkurrenz der Warenhäuser und Einzelhandelspreisgefälle eine steuerliche Verhängung in der Form vorgezogen, daß die Zweigstellen der Warenhäuser, Einzelhandelspreis- und Kleinpreisgefälle in den Gemeinden, in denen sich nicht die Betriebsleistung befindet, ohne weiteres einer um ein Fünftel höheren Gewerbesteuer unterworfen sind, auch wenn die Gemeinde eine erhöhte Filialgewerbesteuer nicht beschließen hat.

Für die notleidenden preussischen Randgemeinden bei Hamburg und Bremen ist auch im Rechnungsjahr 1933 wiederum eine Sonderhilfe vorgesehen. Aus den übrigen Vorschriften der Verordnung ist noch zu erwähnen, daß die Staatszuschüsse zur Pfarrbesoldung an die evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche in neuen Rechnungsjahren umgelegt in der gleichen Höhe wie 1932 bereitgestellt werden.

Als Anlage ist der Verordnung der Vertrag mit dem Deutschen Reich über die Regelung der Beteiligungen an der Deutschen Zentralgenossenschaftsbank beigelegt. Das bereits im Oktober vorigen Jahres geschlossene Abkommen wird nunmehr rückwirkend in Kraft gesetzt.

Dr. Luther bestätigt

Die Ernennung zum Botschafter in Washington steht bevor.

Berlin, 21. März.

Von amtlicher Seite wird bestätigt, daß zum Nachfolger des zurückgetretenen deutschen Botschafters von Preußen und Gattin demnächst der frühere Reichsbankdirektor

Dr. Luther zum Botschafter in Washington ernannt werden wird.

Zum Rücktritt Dr. Luthers übergibt der Reichspräsident dem Adolf Hitler der Reichspressestelle der Reichsbank folgende Erklärung:

„In einem Teil der Presse werden an den Rücktritt des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Luther Kommentierungen, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Der Rücktritt Dr. Luthers erfolgte im Zuge der gesamten zur Zeit stattfindenden Umgestaltung. Er erfolgte aus dem eigenen Wunsch, das Reich an sich nicht die Möglichkeit gehabt hätte, den Reichsbankpräsidenten irgendein zum Rücktritt zu veranlassen.

Dr. Luther hat aber von sich aus auf diese internationalen Abmachungen nicht Bezug genommen, sondern ausdrücklich erklärt, daß trotz ihnen für ihn nur deutsche Interessen und damit die deutsche Regierung maßgebend seien. Die Unterbrechung mit Dr. Luther war daher entgegen einer außerordentlichen Logik, die sich entgegen dem Verstandes der Regierung gegenüber.

Eine Erklärung der Reichsbank

Die Reichsbank teilt mit: In ausländischen Zeitungen finden sich in den letzten Tagen wiederholt Mitteilungen, wonach Herr Präsident Dr. Luther von der Leitung der Reichsbank zurückgetreten sei, weil er ein angeblich geplantes inflationistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung nicht habe finanzieren wollen. Das Reichsbankdirektorium erklärt hierzu, daß die Reichsbank ein solcher Plan niemals vorgelegen hat, so daß alle an die obigen Meldungen geknüpften Kombinationen hinfällig sind.

Lebendig verbrannt

Tragischer Tod eines SA-Mannes.

Königsberg, 21. März.

Am Sonnabend spät abends wurde auf der Chaussee nach Waldheim etwa 300 Meter vor Benzen die verkehrte Leiche des 22jährigen Reichsanführers Hermann Grigow aus Surminnen aufgefunden. Er war etwa halb Meter von der Leiche entfernt lag Grigows verbranntes Motorrad. Wie der „Angriff“ beim Polizeipräsidium in Augsburg erfahren hat, lassen die Umstände darauf schließen, daß Grigow, der der SA angehörte, einem tragischen Unglücksfall zum Opfer gefallen ist.

Während der Fahrt hatte sich an dem Benzintank des Motorrades von G. eine Mine gelockert. Dadurch ergab sich nach und nach der Brennstoff auf die Kleidung des SA-Mannes. Als plötzlich das Motorrad lebendig wurde, mit Licht den Schaden unterfuchen wollte, entzündete sich seine Kleidung, so daß er bei vollem Bewußtsein verbrannte und völlig verbrannte. Die Leiche ist bis auf weiteres von der Polizei beschlagnahmt worden.

Verkehrsunfall zweier SA-Leute

Auf der Chaussee zwischen Dahlewig und Rastberge im Osten Berlins wurden am Sonntag zwei SA-Leute, die mit ihrem Motorrad verunglückt waren, von einem Reichswehrangehörigen in schwerverletztem Zustand aufgefunden. Es handelt sich um den 41jährigen Willy Rammert und den 24jährigen Maschinenführer Paul Hagen aus Berlin. Beide wurden in das Krankenhaus eingeliefert, wo bei ihnen schwere Schädelverletzungen festgestellt wurden. Rammert ist in den Morgenstunden verstorben, während Hagen noch bewußtlos darniederliegt. Ueber den Ausgang des Unfalls konnte noch nichts ermittelt werden.

Auf Kurierfahrt im gestohlenen Auto

Wie dem „Angriff“ am Montag aus Hildesheim gemeldet wird, sind in Hildesheim, in Alfeld (Leine) und in Dortmund insgesamt vier Berliner Kommunisten festgenommen worden. Sie waren mit Armespitzeln und reichlicher Munition ausgerüstet von Berlin aus in einem gestohlenen Kraftwagen nach Hildesheim gefahren, wo sie eine Patrouille erlitten hatten. Als sie einen anderen Kraftwagen rauben wollten, wurden sie von Kriminalbeamten festgenommen. Außer chiffriertenzetteln, aus denen hervorgeht, daß die Kommunisten in besonderem Auftrag nach Dortmund unterwegs waren, führten sie SA- und SS-Uniformen bei sich. Die Polizei nahm außerdem drei Hildesheimer Kommunisten wegen Begünstigung fest.

T. V. „FROHER MUT“ SPANGENBERG

Der Turnverein beteiligt sich geschlossen unter Vorantritt der Fahne am Fackelzug Antreten. 7³⁰ Uhr im Vereinslokal.

Kriegerverein Spangenberg

Der Verein beteiligt sich heute Abend geschlossen an dem Fackelzug und der anschließenden Feier. Antreten pünktlich 7³⁰ Uhr Marktplatz. Teilnehmen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.



Chorverein

„Liederkränzchen“

Donnerstag Abend

7¹⁵ Uhr

Gesangsstunde

Der Vorstand.

Salz in Säcken

H. Mohr.

Der Vorstand.

Frische Fische!

Holl. Featheringe	10 Stk. 45 Pfg.
Delik. Rollmops	Stk. 5 "
Braheringe	Stk. 12 "
Hering i. Gelee	Port. 15 "
Sardinen	1/4 Pfd. 15 "

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Deisenroth.

Spangenberg

Markt

Mittwoch früh:

- Frischen Schellfisch,
- " Kabliau,
- " Fischfilet,
- " grüne Heringe

Karl Bender.

Riesen Jaffa Apfelsinen kernlos, voll.
Apfelsinen, Blumenthale, Schwarzwurzeln, Rot- und Weißkraut, Wirsing, Sellerie

H. Mohr.

la. Runkelsamen Eckendorfer Elite

gelbe und rote Riesenwalzen garantiert 1. Absatz vom Original das Pfd. 25 Pfg.
Wer einmal meinen Runkelsamen geschaut hat, ist mit dem Erfolg mehr als zufrieden gewesen.

Karl Bender.

Mittwoch früh:

- Billige Schellfische,
- Fischfilet,
- Bücklinge,
- Lachsheringe,
- Sardellen

H. Mohr.

„XYLAMON“

schützt alles Holz in Haus und Stall vor Wetter, Sturm und Pilzbefall. In Natur und in vielen Farben erhältlich.

Karl Bender.

Inserieren bringt Gewinn